

Handelsblatt

Österreich stolpert in die Krise Der letzte Tanz

03.03.2014, 07:43 Uhr

Die Ukraine-Krise könnte für die geschwächten österreichischen Banken böse Folgen haben. Ohnehin schlittert die Alpenrepublik immer tiefer in eine wirtschaftliche und politische Krise. Die Eliten ducken sich dabei weg.

von [Hans-Peter Siebenhaar](#)

Gestolpert: Beim Debütantinnen-Ball in Wien geht leider schon mal etwas schief.
Quelle: Imago

WienDer Opern-Ball ist ein Seismograph für Österreich. In diesem Jahr fehlte die Finanz- und Wirtschaftselite. Die österreichischen Banken haben derzeit andere Sorgen, als sich für bis zu 18.500 Euro eine Suite in der Wiener Staatsoper zu mieten, um Hof zu halten. Der Erste-Bank-Chef Andreas Treichl musste am Morgen nach den Opernball einen Gewinneinbruch von 87 Prozent eingestehen. Wegen der hohen Abschreibungen in Osteuropa erzielte die österreichische Großbank nur noch einen Nettogewinn von 61 Millionen Euro. Die meisten CEOs wie der Banker Treichl halten sich von der Bussi-Bussi-Show im Dreivierteltakt fern. Fotos im Frack und mit der mit Juwelen behangenen Gattin machen sich in diesen Zeiten in der Alpenrepublik gar nicht gut.

Denn diese Zeiten sind gar nicht gut. Die 2009 verstaatlichte Hypo Alpe Adria hängt Österreich wie ein Mühlstein um den Hals. Dieser Mühlstein wird von Monat zu Monat schwerer. Seit rund fünf Jahren wird die Abwicklung der Kärntner Skandalbank schon auf die lange Bank geschoben. Das rächt sich. Nach Angaben der österreichischen Nationalbank könnte eine Insolvenz der früheren Tochter der Bayerischen Landesbank mittlerweile bis zu 26 Milliarden Euro kosten. Auf das zehnmal größere Deutschland übertragen wären das Kosten von 260 Milliarden Euro für den Steuerzahler. Im Vergleich zu den deutschen Abwicklungsfällen wie Hypo Real Estate oder der West LB ist die österreichische Hypo Alpe Adria ein finanzpolitisches Monster.

Und dieses Monster weiß die Politik nicht zu bändigen. Heerscharen von Beratern, allen voran die Unternehmensberatung Oliver Wyman, haben für viel Geld Szenarien für eine Abwicklung entwickelt. Doch die Große Koalition aus der sozialdemokratischen SPÖ und der konservativen ÖVP konnte sich noch nie zu einer Entscheidung durchringen. Der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und sein Vize, Finanzminister Michael Spindelegger (ÖVP) wissen: Sie haben nur die Wahl zwischen Pest und Cholera. Denn eine Bad Bank zur Abwicklung der faulen Altlasten des vom inzwischen verstorbenen Rechtspopulisten Jörg Haider protegierten Geldinstituts treibt die ohnehin hohe Staatsverschuldung in die Höhe. Das Rating des Landes und seiner Banken würde sich dramatisch verschlechtern. Eine Insolvenz wiederum würde den Finanz- und Wirtschaftsstandort Österreich in seinen Grundfesten erschüttern – mit unabsehbaren Folgen.

Finanzskandale Das sind die Bankenflops 2013

Die Ende vergangenen Jahres wieder gewählte Regierung in Wien hat sich in eine ausweglose Situation manövriert. Sie bringt nicht den Mut auf, schnell unbequeme und harte Entscheidungen zu treffen. In landesüblicher Manier wird die Lösung des Problems immer wieder hinausgezögert. Dabei ist allen Beteiligten klar, dass ein Aussitzen keine Chance auf Erfolg hat. Doch die Verantwortung wird klein geschrieben.

Eigentlich sollte diesen Montag die Expertengruppe unter Führung des österreichischen Notenbank-Chefs Ewald Nowotny ihre Empfehlung für ein Ende der Hypo Alpe Adria vorlegen. Doch mal wieder verzögert sich der Bericht. Nun soll ein Termin zwischen den Finanzexperten und der Politik frühestens Ende dieser Woche stattfinden. In der Finanzbranche löst diese Vorgehensweise nur noch verzweifelt Kopfschütteln aus. Die Ratingagenturen sind sich uneinig. Fitch hatte vor einigen Tagen den Schlingerkurs der österreichischen Regierung bei der Abwicklung der Skandalbank gerügt, an dem bestehenden Spitzenrating „AAA“ jedoch festgehalten. Bei Moody's heißt es, die Risiken durch die ehemalige Tochter der Bayern LB seien geringer geworden.

Die Hypo Alpe Adria steht unterdessen mit dem Rücken zur Wand. Spätestens im April braucht die Klagenfurter Bank wieder frisches Steuergeld, um die Abwicklung weiter fortsetzen zu können.

Doch immer wenn es ernst wird, ducken sich die Eliten in der Alpenrepublik weg. Bundeskanzler Faymann und sein Vize Spindelegger finden für den Promi-Auftrieb auf den Opernball zwar Zeit, doch für kritische Fragen von Journalisten gibt es in deren Terminkalender keine Lücken. Seit Monaten weicht der farblose Regierungschef Faymann dem Thema Hypo aus. Ein Aufschrei der Öffentlichkeit bleibt aus.

Österreicher machen Lärm Hupen gegen Hypo Alpe Adria

Das Hypo-Alpe-Debakel hat dem Steuerzahler Altlasten in Milliardenhöhe hinterlassen. Doch die Österreicher wollen nicht länger dafür zahlen. Nun machen sie ihrem Ärger Luft – mit einer ungewöhnlichen und lauten Methode.

Die Verantwortungslosigkeit ist längst Teil der DNA der Zweiten Republik. Das Wiener Theaterleben war seit jeher ein guter Gradmesser für die Lagen und die Schief lagen in Österreich. Das verantwortungslose Finanzchaos am Burgtheater besitzt in dieser Zeit Symbolcharakter. In dem Staatsbetrieb haben sich der Verdacht auf Bilanz- und Urkunden- sowie Beweismittelfälschung, Geldwäsche und Untreue durch die ehemalige Vizedirektorin Silvia Stantejsky erhärtet. Das erbrachte Ende vergangener Woche eine Untersuchung von KPMG. Das Schlimmste: Den Managern der Staatsbühne waren die angeblich kriminellen Machenschaften in der Burg gar nicht aufgefallen.

Im trostlosen Nurejew-Saal, nur wenige Schritte von der Wiener Staatsoper entfernt, stellt sich einer der Verantwortlichen kritischen Fragen. Ganz in Schwarz gekleidet, nimmt der Holdingchef der österreichischen Bundestheater, Georg [Springer](#), auf einem harten, ebenfalls schwarzen Holzstuhl Platz. Die Szenerie erinnert an eine Beerdigung. Und tatsächlich trägt Springer etwas zu Grabe: seine Unversehrtheit. Und er macht etwas sehr Unösterreichisches. Er bekennt sich wenigstens zu seiner Mitschuld. „Ja, ich bin mitverantwortlich. Das ist überhaupt keine Frage“, sagte der Aufsichtsratschef des Wiener Burgtheaters. Stille.

Doch Konsequenzen zieht der promovierte Jurist nicht. In anderen Ländern wäre der Rücktritt nach dieser Aussage folgerichtig gewesen. Doch in Österreich ticken die Uhren anders. Der 63-jährige Holdingchef wird bis zum Ende seines Vertrags, nämlich bis 31. Dezember 2014, im Amt bleiben. So viel ist sicher. Mit seiner Haltung ist er nicht allein.

Auch Burgtheaterchef Matthias Hartmann, der den öffentlichen Auftritt Springers persönlich mitverfolgte, beruft sich darauf, dass er sich vor allem um die Künste, nicht um die Bilanzen kümmert. Auch Hartmann, ein Deutscher und früher Intendant in Bochum, will selbstverständlich bleiben.

Der Mangel an Verantwortung und die fehlende Rücktrittskultur verschärfen die Probleme der Alpenrepublik an allen Fronten. „Wenn eine Person in höchster Verantwortung ein System außer Kraft setzt, haben Sie keine Möglichkeiten draufzukommen, bis zu dem Zeitpunkt, in dem alles explodiert“, sagte der Theatermann Springer. Doch ist das wirklich wahr? Meistens ist es eine ganze Clique, die ein System außer Kraft setzt.

Die Hypo Alpe Adria ist dafür ein Musterbeispiel. In der vergangenen Woche hat das Klagenfurter Landesgericht gleich drei Hypo-Vorstände hinter Gitter gebracht, weil sie unsaubere Geschäfte um Vorzugsaktien betrieben haben. Ex-Vorstandschef Wolfgang Kulterer erhielt eine Gefängnisstrafe von einem Jahr. Der geständige Finanzmanager war bereits in anderen Hypo-Prozessen zu fünfzehn Jahren verurteilt worden. Ex-Hypo-Vorstand Siegfried Grigg muss für dreieinhalb Jahre hinter Gitter. Der ehemalige Hypo-Vorstand Josef Kircher, der durch sein umfangreiches Geständnis die unsauberen Geschäfte um Vorzugsaktien aufgeklärt hatte, erhält eine Haftstrafe von drei Jahren, davon zwei auf Bewährung.

Die früheren Hypo-Manager haben die ohnehin schwierige Situation der Bank zwischen 2006 und 2008 noch verschlechtert. Denn die Vorzugsaktien waren nach Meinung des Gerichts aufgrund geheim gehaltener Verkaufsoptionen nicht dem Eigenkapital der Kärntner Bank zuzurechnen. Aufgrund der Rückkaufgarantien für die neuen Gesellschafter wie der Flick-Privatstiftung ist die Bank nach Auffassung des Gerichts geschädigt worden. Wie verantwortungslos die Hypo-Manager agierten, zeigt eine Episode zur Fußball-Europameisterschaft im Jahr 2008.

Im Juni 2008 ließ es sich die frühere Bayern LB-Tochter knapp 1,2 Millionen Euro kosten, Hunderte von Gästen zu EM-Spielen nach Klagenfurt einzuladen. Auch ein „Saujagd“ in Baden-Württemberg schlug mit 18.000 Euro zu Buche. Im selben Jahr brauchte die Bank 900 Millionen an staatlicher Hilfe aus Österreich und 700 Millionen von der Bayern LB, um nicht Pleite zu gehen.

Die Klagenfurter Bank ist bis heute ein Fass ohne Boden. Im vergangenen Jahr soll die Hypo Alpe Adria einen Verlust von 1,3 Milliarden Euro gemacht haben. Die Zahl wurde von einem Hypo-Sprecher auf Handelsblatt-Anfrage nicht dementiert. Mehr als eine Milliarde Euro an Steuergeldern flossen zuletzt in die Hypo, mit der der inzwischen verstorbene Rechtspopulist und Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider am großen Rad des internationalen Geldgeschäfts drehen wollte. Das ausgerechnet die FPÖ mit anderen Oppositionsparteien nun einen Untersuchungsausschuss im österreichischen Parlament fordert, ist auch Teil der historischen Verantwortungslosigkeit.

Kurswechsel Auslaufmodell Bankgeheimnis

Österreich driftet beinahe unbemerkt nach rechts ab. Bereits bei den Wahlen zum Nationalrat wählt jeder dritte Österreicher eine Partei, die dem Euro und der europäischen Einigung ablehnend oder sehr kritisch gegenübersteht. Bei den kommenden Europawahlen im Mai droht den beiden Volksparteien SPÖ und ÖVP eine schmerzliche Niederlage. Erstmals in der österreichischen Geschichte könnten die Rechtspopulisten unter Führung des FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache zur stärksten politischen Kraft aufsteigen. Die FPÖ hat sich auf Europaebene schon mit Rechtsaußen anderer EU-Länder wie der französischen Front National oder der italienischen Lega Nord verbündet.

Europa hat in Österreich noch nie Konjunktur gehabt, obwohl die Alpenrepublik seit rund zwei Dekaden in der EU von der europäischen Einigung profitiert hat wie kaum ein zweites Land. Österreich rückte vor 25 Jahren von der Peripherie wieder ins Zentrum Europas. Während in anderen Ländern bei Großprojekten große Schautafeln mit europäischer Flagge und der Summe der Subventionen aus Brüssel aufgestellt wurden, sucht man zwischen Salzburg und Neusiedler See vergeblich nach solchen Schildern. Österreichische Politiker schieben traditionell gerne die Verantwortung in Richtung EU, wenn es unangenehm wird. Spricht man österreichische EU-Kommissare darauf an, zucken sie hilflos mit den Schultern. Mit einer Haltung pro Europa lässt sich in dem Alpenland seit jeher kein Blumenstrauß gewinnen.

Unangenehm könnte es vor allem für die österreichischen Banken werden. Sie haben sich in Osteuropa ordentlich verhoven. Die Folgen sind schmerzlich. Die Raiffeisen Bank International (RBI) legte den Verkauf ihrer ukrainischen Tochter Aval auf Eis. Die Suche nach einem neuen Eigentümer für Aval sei bereits seit mehreren Wochen unterbrochen, bekannte Bankchef Karl Sevelda. Grund dafür sei neben den politischen Umwälzungen die 2,8 Milliarden Euro schwere Kapitalerhöhung von RBI im Januar.

Ukraine Der Schatz der Oligarchen

Osteuropa in Aufruhr: Putin rasselt mit dem Säbel, Janukowitsch taucht ab und der Ukraine geht das Geld aus. Dabei haben die alten Machthaber Milliarden ins Ausland geschafft. Doch wo steckt ihr Vermögen?

Die Krise in der Ukraine könnte für die ohnehin geschwächten österreichischen Banken böse Folgen haben. Die jüngsten Entwicklungen bezeichnete Die Erste, die sich 2013 aus der Ukraine zurückgezogen hatte, in einer Studie zu den Finanzmärkten in Osteuropa als „furchteinflößende Nachrichten“. Neben der Raiffeisen ist in dem Krisenland auch die [Bank Austria](#) präsent. Nach Angaben von Moody's haben die beiden Banken Kredite von acht Milliarden Euro ausstehen. Besonders gefährlich: Es handelt sich um Fremdwährungskredite.

Wien wird schon länger als eines der Zentren der Geldwäsche für osteuropäische Oligarchen und zwielichtige Politiker genannt. Das ist auch im Fall vermöglicher Ukrainer der Fall. Österreich hat auf Bitten der neuen ukrainischen Regierung österreichische Konten von 18 Ukrainern sperren lassen. Ein gutes Licht auf den österreichischen Finanzplatz werfen Kunden wie der ehemalige ukrainische Regierungschef Viktor Janukowitsch und sein Sohn Oleksander nicht.

Ihr Geld ist in Gefahr

Durch die Krim-Krise kommt jetzt die dramatische Wahrheit ans Licht

Doch um Image geht es schon lange nicht mehr. In Österreich geht es immer häufiger um Sein oder Nicht-Sein. Denn wenn es die beiden Volksparteien nicht schaffen, dass Finanz-Desaster unter Kontrolle zu kriegen, dann könnte das tektonische Machtverschiebungen zur Folge haben. Im Nachbarland Ungarn sind derartige politische Folgen bereits zu spüren. Dort regiert der Rechtspopulist Viktor Orban, der mit seiner Renationalisierung des Finanzwesens und der Landwirtschaft zwar ausländische Investoren verschreckt, aber dennoch Wahlen gewinnt.